

In Bayern scheitert das Ganztagsschulprogramm der Bundesregierung.

Umfrage der Landeschülervertretung Bayern (LSV) an werdenden Ganztagschulen mit erschreckenden Ergebnissen:

SchülerInnen werden nicht einbezogen und nicht informiert. Informationsfluss der Bundesregierung ist effektiver als der der eigenen Schulleitung. Dringender Handlungsbedarf angemahnt.

Noch zur Zwischenbilanz des Investitionsprogramms „Zukunft Bildung & Betreuung“ lobte Bundesbildungsministerin Edelgard Bulmahn ausdrücklich die „intensive Einbeziehung von Eltern und Schülern“¹.

Allerdings gibt das Ergebnis einer von der LSV initiierten Umfrage unter den SchülervertreterInnen der bayerischen Schulen, die in der ersten Vergaberunde Gelder aus dem Programm abgerufen haben, sehr zu denken: Weniger als jede(r) dritte SchülersprecherIn weiß, dass seine/ihre Schule Ganztagschule² wird und die Schulen, an denen die SchülerInnenvertretung in die Entscheidung über die Verwendung der Mittel mit einbezogen wurden, sind an einer Hand abzuzählen.

„Damit wird eine große Chance verpasst, die das bisher teuerste Schulentwicklungsprogramm in Deutschland hätte bieten können. Denn eine neue Lernkultur fängt damit an, dass SchülerInnen gefragt und ihre Interessen auch wirklich berücksichtigt werden.“, bedauert Vincent Steinl, Vorstandsmitglied der LSV und selbst Schülersprecher einer werdenden Ganztagschule. Die Ergebnisse der Umfrage bedeuten Hausaufgaben für die bayerische Staatsregierung: In der zweiten Vergaberunde muss sowohl durch die DirektorInnen an den Schulen als auch durch die Regierung sichergestellt werden, dass SchülerInnen und ihre Interessen in die Entscheidungen mit einbezogen werden.

Die Umfrage wurde durchgeführt von der



www.lsv-by.de

¹ Pressemitteilung 215/2004 des Bundesministerium für Bildung und Forschung vom 29. September 2004: Zwischenbilanz zum Ganztagsschulprogramm der Bundesregierung

² Definition: „Ganztagschulen bieten an mindestens drei Tagen in der Woche ein ganztägiges Angebot. An diesen Tagen wird ein Mittagessen bereitgestellt.“ Quelle: Pressemitteilung der Kultusministerkonferenz vom 09. Januar 2004:

Hintergrund

- Das Investitionsprogramm „Zukunft Bildung & Betreuung“ wurde vom Bundesministerium für Bildung & Forschung gemeinsam mit der Kultusministerkonferenz ins Leben gerufen. In dem bis 2007 laufenden Programm stellt die Bundesregierung 4 Milliarden Euro für den Auf- und Ausbau von Ganztagschulen zur Verfügung. Damit bauliche Maßnahmen einer Schule mit den Mitteln des Investitionsprogramms gefördert wird, muss sie ein eigenes pädagogisches Konzept (in welchem unter anderem auch die Partizipation von SchülerInnen thematisiert werden muss) vorlegen. Danach entscheidet die zuständige Behörde im Land, in Bayern also das Staatsministerium für Unterricht- und Kultus, ob die Schule gefördert wird.³ 388 bayerische Einrichtungen haben in der ersten Vergaberunde (Anmeldung der Vorhaben bis 20. Juni 2004) Mittel aus dem Investitionsprogramm abgerufen.⁴
- Ziel der Umfrage war es herauszufinden, in wie weit SchülerInnen in die Erstellung des pädagogischen Konzepts einbezogen wurden. Dies sehen wir als wichtigen Indikator, ob das Ziel des Ganztagschulprogramms – die Etablierung einer neuen Lernkultur – erreicht wird oder ob das pädagogische Konzept nur als Alibi dient und die Gelder zweckentfremdet verwendet werden.
- Die Umfrage wurde an 200 bayerischen Schulen, also allen werdenden Ganztagschulen, an denen eine SchülerInnenvertretung existiert (Hauptschulen, Realschulen, Gymnasien, Wirtschaftsschulen, Privatschulen), durchgeführt. Dazu wurde ein Fragebogen per Post an die Schulen, adressiert an die SchülerInnenvertretung, verschickt. Über 25 % (in absoluten Zahlen: 51) der angeschriebenen Schulen haben den ausgefüllten Fragebogen zurückgeschickt.

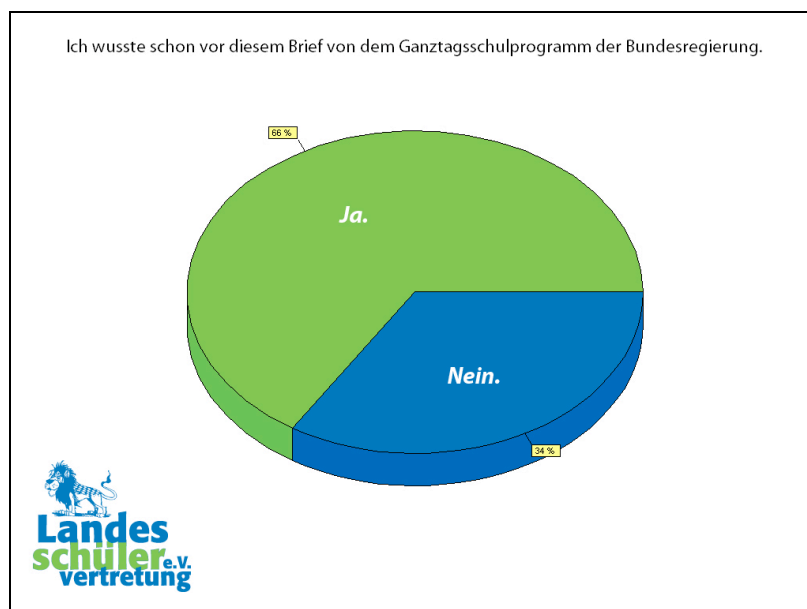
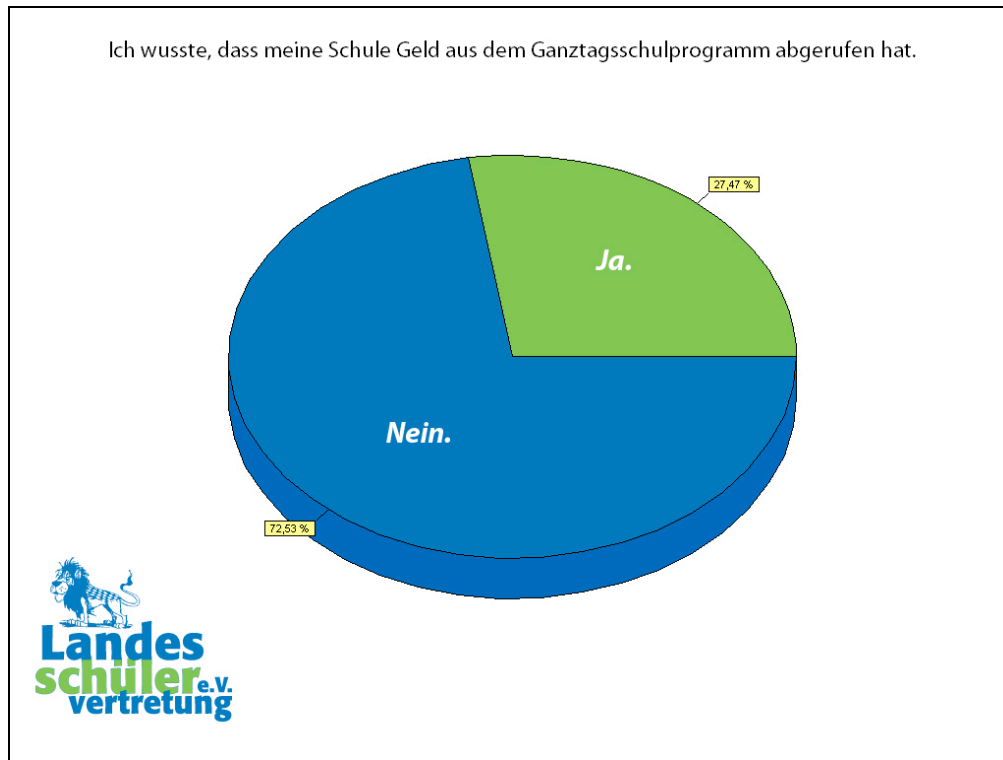
³ Quelle: Bundesministerium für Bildung und Forschung: „Ganztagschulen – Das Investitionsprogramm „Zukunft Bildung & Betreuung“

⁴ Quelle: www.ganztagschulen.org

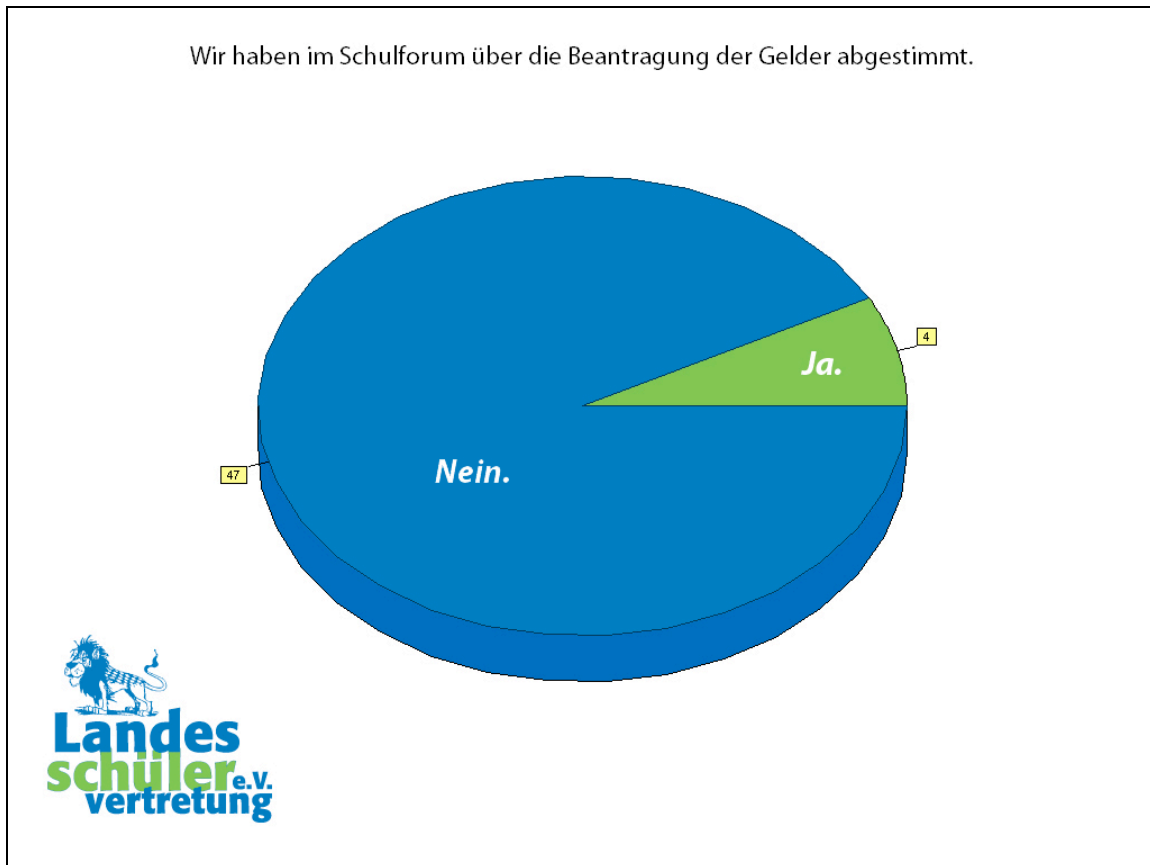
Ergebnisse

Die Ergebnisse der Umfrage im Überblick:

- Nur 27 % der SchülersprecherInnen wussten, dass ihre Schule Ganztagschule wird (zum Vergleich: Das Ganztagsschulprogramm der Bundesregierung kannten zwei Drittel der Befragten).

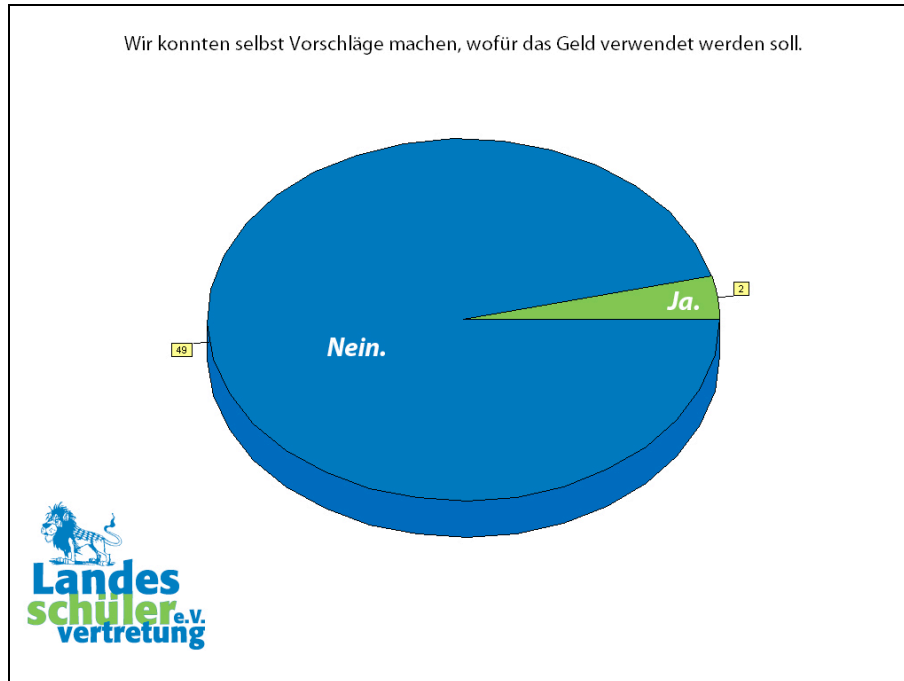


- An nur vier Schulen wurde das Schulforum, in welchem SchülerInnen, LehrerInnen und Eltern vertreten sind und das zu allen wesentlichen Fragen gehört werden muss⁵, in die Entscheidung mit einbezogen.

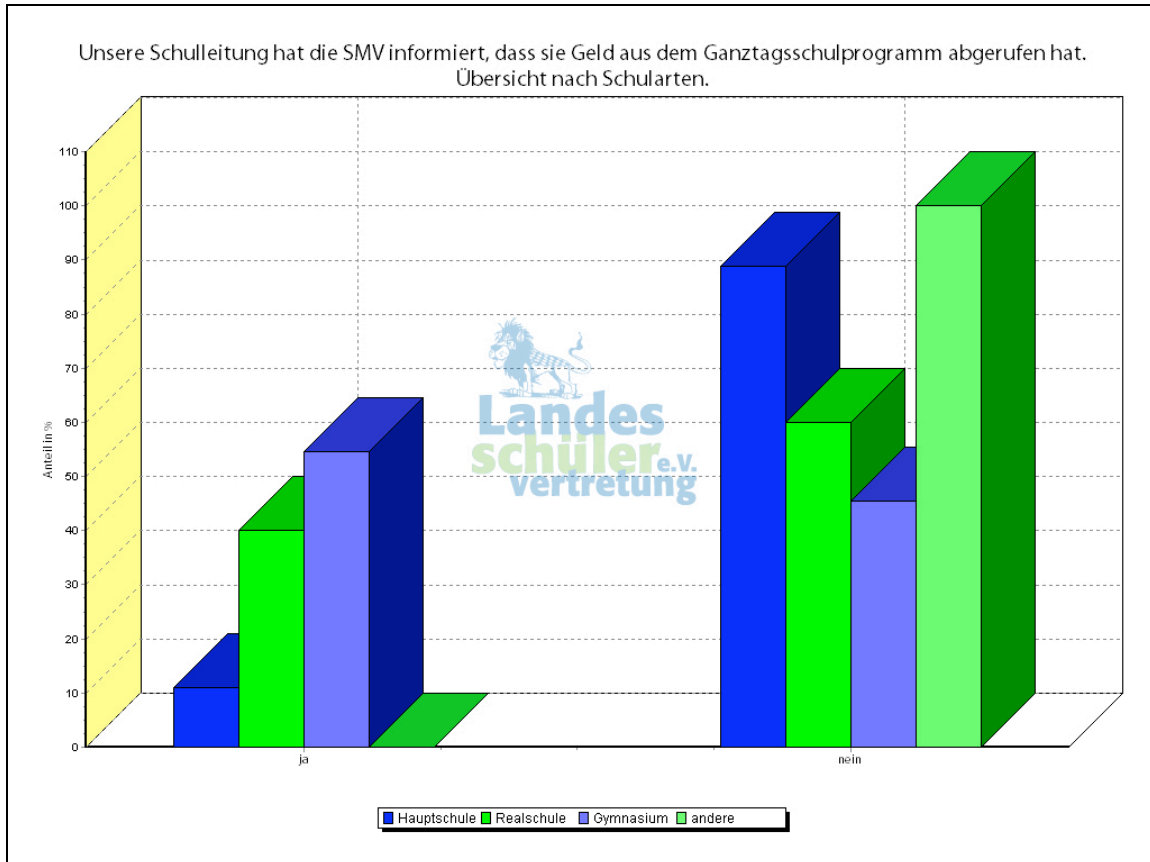


⁵ siehe Art. 69 BayEUG

- An nur sechs Schulen wurden die KlassensprecherInnen darüber informiert, dass ihre Schule Ganztagssschule wird. Selbst Vorschläge zur Verwendung der Gelder konnten SchülerInnen nur an zwei Schulen machen.



- Die Mitwirkungsmöglichkeiten für SchülerInnen sind stark von der jeweiligen Schulart abhängig. Während an über der Hälfte der befragten Gymnasien die SchülerInnenvertretung informiert wurde, war dies nur an 11% der Hauptschulen der Fall.



- Die letzte Frage des Fragebogens lautet „Was würdest du an deiner Schule verändern?“. Es gibt dazu viele Antworten, die sich auf Verschönerung der Schulgebäude, Schaffung neuer Lernangebote für SchülerInnen und Verbesserung der Mitwirkungsmöglichkeiten für SchülersprecherInnen beziehen.

Empfehlungen

Die Ergebnisse zeigen ein weiteres Mal, wie wenig Einfluss und Mitspracherecht SchülerInnen zugestanden und wie wenig Akzeptanz selbst ihren gewählten VertreterInnen und deren Ideen entgegengebracht wird.

Die Ergebnisse zeigen aber auch, dass es auch in Bayern einzelne Schulen gibt, an denen es anders läuft und Schulleitungen, die sich darum bemühen, SchülerInnen und deren Interessen ernst zu nehmen und SchülersprecherInnen in Entscheidungen einzubinden.

Und die Ergebnisse zeigen auch, dass Schülerinnen und Schüler keineswegs lustlos oder gelangweilt sind, sondern tatsächlich etwas verändern wollen. Ihr Problem ist, dass sie keine Gelegenheit bekommen, ihre Ideen einzubringen.

Auf Grundlage der Ergebnisse der Umfrage adressiert die LSV folgende Empfehlungen an die politischen EntscheidungsträgerInnen, im Speziellen an das Bayerische Kultusministerium für Unterricht und Kultus, den Bayerischen Landtag, die Kultusministerkonferenz und das Bundesministerium für Bildung und Forschung:

Die SchülerInnenvertretung an einer Schule wird oft nicht ernst genommen und ihre Aufgaben dadurch auf Organisation von Schulpartys etc. beschränkt. Aber Schülerinnen und Schüler sind am meisten von Veränderungen an der Schule betroffen. Deshalb bekräftigt die LSV ihre Forderung nach mehr Mitwirkungsmöglichkeiten für SchülerInnen – unabhängig der Schulart – und fordert eine Aufwertung der SchülerInnenvertretung durch eine stärkere Betonung des SchülerInnenvertretungsaspekts unter Erweiterung des Handlungsspielraums. Dazu gehören neben auch materielle Unterstützung und die Akzeptanz durch alle Beteiligten der Schulfamilie.

Dies bedeutet im Bezug auf die nächste Vergaberunde des Investitionsprogramms „Zukunft Bildung & Betreuung“ konkret:

- Das für einen Mittelabruf nötige Pädagogische Konzept muss im Einvernehmen mit dem Schulforum entwickelt werden.
- Die beantragten baulichen Maßnahmen müssen im Einvernehmen mit dem Schulforum beschlossen werden.
- Die SchülerInnen einer Schule müssen direkt oder über ihre VertreterInnen angehört werden, damit sich die Planungen nach den Interessen und Ideen der SchülerInnen richten können. Wie dies sichergestellt wird, muss im Pädagogischen Konzept festgehalten werden.
- Die Definition einer Ganztagschule muss konkretisiert und die Einhaltung der für den Mittelabruf nötigen Vorgaben stärker kontrolliert werden.

Nur so besteht eine Chance, dass sich in bayerischen Schulen neue Lernkulturen etablieren und dass Schule zum Lebensraum für SchülerInnen wird. Angesichts der steigenden Anzahl von Stunden am Nachmittag und der somit nötig werdenden Mittagsversorgung und Betreuung muss sich Schule

verändern – wieso werden dann nicht alle am Schulleben beteiligten Personen daran beteiligt und ihre Interessen und Ideen in diesem Prozess ernst genommen?

SchülerInnen besuchen die Schule meist ungern und verlassen diese nach Unterrichtschluss so schnell wie möglich. Die Gelder aus dem Ganztagschulprogramm müssen dazu genutzt werden, um mit den SchülerInnen gemeinsam eine Schule zu schaffen, die mehr bietet als kahle Klassenräume und Unterricht im 45-Minuten-Takt. Dadurch würde sich das Schul- und Unterrichtsklima deutlich verbessern und allen Beteiligten würde das Lernen und Lehren erleichtert.

Diese Umfrage zeigt, wie weit bayerische Schulen davon noch entfernt sind. Hoffentlich machen die positiven Beispiele Schule. Unsere Empfehlungen sollen hierbei helfen, für diesen Prozess bieten wir unsere ausdrückliche Unterstützung an.

Herausgeberin



Landesschülervertretung – Landesvereinigung der bayerischen Bezirksschülersprecher e.V.

Postfach 200518; 80005 München

servus@lsv-by.de; www.lsv-by.de

V.i.S.d.P.: Vincent Steinl; vincent@lsv-by.de